37. Jahrgang Oktober 2018 Nr. 97

Ickinger Schaukasten

37 Jahre

SPD

Liebe Nachbarn, verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Neulich fragte ein vertrauter Mensch – kein Mitglied unserer Partei – „Was treibt Euch, die SPD Icking, eigentlich an, Jahr für Jahr diesen zeitlichen und materiellen Aufwand für die regelmäßige Herausgabe der SPD-Ortszeitung ‚Schaukasten' zu treiben?"

Die Suche nach einer umfassenden und treffsicheren Antwort hat uns einige Überlegungen und Rückfragen bei unseren Mitstreitern gekostet. Es ist wahr, wir bringen den Schaukasten seit 37 Jahren heraus. Und dabei wissen wir nicht, ob und wie eine sachliche Information über die kleinen, lokalen Wehwehchen ankommt und wie gleichzeitig ein Hinweis auf die übergeordneten – auch globalen – Zusammenhänge, in die wir auch in Icking eingebunden sind, von unseren Lesern ernst genommen wird.

Sicher, es gibt Zeitgenossen, denen die Geschehnisse in Politik und Gesellschaft anscheinend egal sind, nach dem Motto „Es wird schon gut gehen, die sollen mal machen". Andere, z. B. aus dem ‚intellektuellen Segment' begeben sich nicht auf dieses Niveau eines vermeintlich auch noch parteipolitisch verengten Lokalblattes. Sei's drum!

Aber da sind noch mehr Ickinger. Und von denen sind wir ganz sicher und hören dies auch gelegentlich, dass sie ein glaubwürdiges und ausdauerndes Engagement und eine entsprechende Information für das gesellschaftlich-politische Geschehen in Icking erkennen und anerkennen. Die müssen nicht immer unserer Meinung sein, aber als Anregung fürs Nachdenken und Diskutieren könnten unsere Beiträge doch gelten, oder?

Ja, und deshalb denken, diskutieren, beraten und schreiben wir – z. B. auch wieder in diesem Schaukasten Nr. 97, diesmal im Zeichen der anstehenden Landtagswahl.

Also, das wäre eine ganz einfache Antwort auf die eingangs an uns gestellte Frage!

Und wir stellen uns – wie es vom Bundespräsidenten F. Walter Steinmeier empfohlen wird – auch dem Dialog mit unseren Ickinger Afd-Wählern.

Und natürlich:

Gehen Sie zur Wahl!
Mit der SPD liegen Sie richtig.

Mit freundlichem Gruß!

Ihre Schaukasten-Redaktion

Umweltschutz als Gerechtigkeitsfrage Die Aufgabe der SPD!

Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht von schockierenden Bildern und Nachrichten zum Zustand unseres Planeten überflutet werden. Und eines ist klar: Wenn die Natur kaputt ist, haben wir keine Lebensgrundlage mehr, dann sind alle anderen Themen, und seien sie noch so wichtig, hinfällig.

Das Phänomen der bevorstehenden Veränderung ist hochkomplex und kaum vorstellbar, es greift in alle Bereiche unseres Lebens ein und wächst uns über den Kopf. Deswegen scheint es leichter zu sein, sich am Kleinen und Überschaubaren festzuhalten. Die Mülltrennung bekommen wir hin, aber schon mit der Frage, wie wir uns ernähren sollen, wird es kompliziert. Und vor globalen Fragen kapitulieren wir.

Das mag für jeden Einzelnen von uns „verzeihbar" sein, aber nicht für die Politik. Hier braucht es geistreiche, mutige Vordenker, die zusammen mit Fachleuten aus Natur- und Geisteswissenschaften ein neues Lebensmodell denken, das sozial gerecht und ökologisch verträglich aufgebaut ist.

Transformation gebraucht

Die grundlegende Umwandlung einer bestehenden Strategie wird Transformation genannt. Zum Beispiel wenn der Verbrauch von Boden, Wasser und Luft in die Produktionskosten einbezogen wird. Boden, Wasser und Luft sind unsere Lebensgrundlagen. Sie beinhalten auch eine soziale Komponente, denn diese Lebensgrundlagen „gehören" uns allen. Wenn sich ein Einzelner oder ein Konzern übermäßig daran bereichert, ist das unsozial. Es geht doch nicht, dass z. B. der Profit aus der Massentierhaltung einzelnen Menschen zugute kommt, und die Kosten – die Grundwasserverseuchung durch die Mengen an Gülle – von uns und den nachkommenden Generationen getragen werden müssen. (Von dem Tierleid einmal ganz zu schweigen.)
Transformation würde bedeuten, dass alle Umweltkosten berechnet und über Steuern eingetrieben werden.
Natürlich werden solche Steuern von den Herstellern auf die Konsumenten umgelegt. Dann stellt sich die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit. Können sich die Ärmeren unter uns das denn leisten? Aber, mal einweitergedacht: Derzeit müssen vor allem die Armen und Benachteiligten mit den Umweltbelastungen zu kämpfen. Am Mittleren Ring in München oder in den Einflugschneisen der Flughäfen wohnen nur diejenigen, die jeden Euro umdrehen müssen. Sie zahlen mit ihrer Gesundheit und Lebensqualität dafür, dass Andere mobil sind. Was wäre, wenn durch die neue Regelung der ausufernde Individual- und LKW-Verkehr eingeschränkt wird? Dann würden endlich mal die sozial Beachteiligten profitieren!.

Gerechtigkeit mit Umweltschutz

Denken wir die soziale Gerechtigkeit über unsere Gesellschaft hinaus, dann leben wir auf Kosten von Gesundheit und Lebensqualität der Menschen in Billiglohnländern. Wir verlagern die Verschmutzung in andere Gebiete. Wenn auf die Billigklamotten die Kosten für den Ressourcenverbrauch in anderen Ländern aufgeschlagen werden, sind diese gar nicht mehr so billig. Transformation würde heißen, dass der Profit des Einzelnen geschmälert, aber die Lebensgrundlage von vielen erhalten wird.
Zudem gibt es die Generationengerechtigkeit. Wir nutzen die Erde über die Regenerationsfähigkeit des Ökosystems hinaus aus und hinterlassen den nachfolgenden Generationen Müll, Naturzerstörung und radioaktive Abfälle. Transformation heißt, auch die künftigen Kosten, etwa die Endlagersuche, auf die Produktionskosten aufzuschlagen und diese nicht unseren Kindern zu überlassen.

Umweltengagement der SPD

Auf Landesebene setzt sich die SPD, allen voran Florian von Brunn, dafür ein, die notwendigen Transformationsprozesse – Klimaschutz, Energiewende, Kohleausstieg, Verkehrswende und Agrarwende – einzuleiten und sie sozial gerecht zu gestalten. Die ersten beiden konkreten Transformationsprojekte: Erstens Ausbau des öffentlichen Verkehrs als echte Alternative zum Auto, mit guten Verbindungen, zuverlässig, komfortabel und günstig – und nicht nur City Maut und Fahrverbote. Zweitens eine sozial-ökologische Energiewende und CO2-Besteuerung, – aber so, dass die unteren und mittleren Einkommen nicht stärker als jetzt belastet werden.
Es wäre schön, wenn sich alle Parteien auch auf Bundesebene bereits heute diesen Zielen widmen würden, denn es führt daran kein Weg vorbei.

Beatrice Wagner

Fotos: Egbert Kraus (Portrait); Pixabay

Landtagswahl 2018

Unsere SPD-Kandidaten

Natascha Kohnen, Spitzenkandidatin der SPD

Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Ich will sicherstellen, dass sich in Bayern alle ihr Dach über dem Kopf leisten können. Niemand soll Angst haben, aus seiner Wohnung aus- oder seinem Viertel wegziehen zu müssen, weil die Miete viel zu teuer wird. Dazu muss der Freistaat Bayern selbst Wohnungen bauen und alles tun, um günstigen Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Ziel sind 100.000 neue Wohnungen in den nächsten 5 Jahren. Davon sollen 25.000 neue Wohnungen durch den Freistaat selbst mit einer neuen staatlichen bayerischen Wohnbaugesellschaft gebaut werden. Außerdem will ich die Sozialbindung von gefördertem Wohnraum verlängern. Mit unserem Sonderprogramm „Aufzug statt Umzug“ will ich außerdem mehr Barrierefreiheit in bestehenden Wohnungen schaffen.
Wohnungsbau braucht günstigen Baugrund: Wir müssen uns endlich einen Überblick über die bebaubaren Flächen in Bayern schaffen. Und dann will ich dafür sorgen, dass diese Flächen auch genutzt werden. Staatliche Grundstücke dürfen nicht mehr zu Höchstpreisen verkauft werden, sondern müssen für Städte, Gemeinden und Wohnungsbau-Genossenschaften günstig zur Verfügung gestellt werden. Die Spekulation mit Bauland will ich mit einer Spekulationssteuer auf ungenutzten Boden bekämpfen.

Ihre Natascha Kohnen

Robert Kühn, Stimmkreiskandidat der SPD

Mobil in Stadt und Land

Zwei Drittel des öffentlichen Raums werden für den Individualverkehr gebraucht! Autos brauchen Platz, egal ob sie gefahren oder geparkt werden. Ohne einen gut funktionierenden ÖPNV (Busse & Bahnen & mehr) wird der Individualverkehr weiter zunehmen. Die jetzt schon stark befahrenen Straßen werden noch mehr belastet. Abhilfe schafft, gerade auch in unserem großen Flächenlandkreis, eine gut vernetzte Verkehrsinfrastruktur.
Für die Bereitstellung einer geeigneten Infrastruktur sind das Land Bayern, die Landkreise sowie teilweise auch die Kommunen zuständig. Momentan reicht das Angebot gerade einmal für die Grundmobilität. Damit sich etwas ändert, brauchen wir ein deutlich besseres, nachhaltiges und intelligentes Angebot des öffentlichen Nahverkehrs im Oberland.

- ❏ Aufstellung und Umsetzung intelligenter Kombinationen aller Verkehrsmittel mit zeitlich aufeinander abgestimmten Umsteigemöglichkeiten
- ❏ Förderung von Carsharing und Bikesharing
- ❏ Fahrradwegekonzepte mit Fahrradschnellstraßen
- ❏ Einheitliches, bezahlbares und verständliches Tarifsystem
- ❏ Taktverdichtungen bei Bussen und Bahnen
- ❏ Verdichtung der Busverbindungen vor allem in Ost-West

Dafür setze ich mich ein. Denn: Mit der SPD fahren Sie richtig!

Ihr Robert Kühn

Fotos: SPD Bayern;

Landtagswahl 2018

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Sie bei der BT-Wahl 2017 in Icking die AfD gewählt haben

Auch auf Sie kommt – wie auf uns alle – die Frage zu, wo machen wir am 14.10.2018 auf dem Wahlschein unser Kreuz, wenn es darum geht, in Bayern den Landtag neu zu besetzen?

Diese Wahl ist insofern richtungweisend, als aus dem Ergebnis dieser Wahl ja auch eine gewisse Verantwortung für die Kultur im politischen Geschäft unseres Landes für die nächsten vier Jahre ableitbar ist. Gut, von dieser „Kultur" ist aktuell in den oberen Etagen der bayerischen Politik wenig zu spüren. Ich verstehe, wenn Sie damit unzufrieden sind. Nur, mit wem könnte denn ein solcher „Kulturwandel" am ehesten zu erwarten sein?
Auch drängt sich die Sorge auf, ob unsere Demokratie, so wie sie die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz nach den bitteren Erfahrungen des Hitler-Regimes gestaltet haben, vielleicht doch durch Leichtfertigkeit bei den heutigen Wählern in Gefahr gerät.

Unsere Geschichte
Erinnern wir uns an die Bilanz eines aus den Fugen geratenen Nationalismus, gepaart mit einem unerträglichen Sendungsbewusstsein von „Herrenmenschen" und von „Rassenideologie": 6 Millionen vernichteter Juden, die Auslöschung von „lebensunwertem Leben" und von anderen gesellschaftlichen Minderheiten, zig Millionen tote und verletzte Soldaten auf beiden Seiten, unendliches Leid der Zivilbevölkerungen in den Ländern Europas und darüber hinaus eine neue Dimension von Unfreiheit, Rechtlosigkeit, Gewalt, Vernichtung und Elend! Das war das Ergebnis dieses verbrecherischen Systems.Natürlich ist das was die AfD heute predigt, noch nicht vergleichbar mit dem vorstehend Geschilderten.
Aber auch das damalige System fing ganz harmlos und mit berechtigter Unzufriedenheit an. Am Anfang war es auch nur die Sprache, die über so vermeintlich einleuchtende Argumente und naheliegende Lösungen letztendlich zur schleichenden Abwendung von zivilisatorischen und humanen Werten geführt hat – und dann zu den erlebten Gräueltaten. Das können und dürfen wir doch nicht vergessen. Es gilt auch hier und im Besonderen: Wehret den Anfängen!

Was mich besonders ratlos macht:
Was ist es letztlich, was Sie zu der (völlig legitimen) Entscheidung für das Kreuz bei der AfD gebracht hat? Sie befinden sich ja in einem bemerkenswerten Kreis von Wählern (es waren immerhin 189 Ickinger Mitbürger) und genau das macht mich stutzig. Was hat Sie und diese Menschen zu dieser Wahlentscheidung geführt?

Soziale Ungerechtigkeit
Ist es die soziale Ungerechtigkeit – die es ja nun wirklich in diesem Land gibt – und von der auch Sie vielleicht besonders betroffen sind? Oder wollen Sie denen „da oben", den etablierten Eliten von der großen Politik nur mal – aus Überdruss und Unverständnis für deren Selbstgefälligkeit – einen Denkzettel verpassen? Die AfD hat Ihnen zwar keine seriösen Lösungsansätze für die anstehenden Probleme geboten, aber ist vielleicht bei Ihnen die Saat der heraufbeschworenen Angst vor Europa, vor den ‚Fremden' (vor allem vor den Flüchtlingen) aufgegangen? Und Sie reagieren darauf mit dem Kreuz auf dem Wahlzettel? Aber bitte nicht an der falschen Stelle!

Worüber also sind Sie so sauer, dass Sie riskieren, ein System, das uns über 70 Jahre Frieden in Europa gebracht hat, zu Fall zu bringen? Ein System, das uns – zumindest den meisten und natürlich besonders hier in Icking – einen herausragenden Wohlstand beschert hat; ein Wohlstand, der allerdings gelegentlich – da hätten Sie Recht – als unanständig bezeichnet werden kann!

Aber diesen Wohlstand verdanken wir nicht Leuten, die EUROPA in Frage stellen, denen humanistisch geprägte Wertvorstellungen abhanden gekommen sind und die mit platten, populistischen Versprechen an Instinkte appellieren, aber keine sinnstiftenden Konzepte und Lösungen haben.

Das Spiel mit dem Feuer
Sie merken, ich halte Sie nicht für einen desinteressierten Mitbürger oder verlorenen Demokraten. Ich möchte nur verstehen, was Sie zu dieser denkbar verhängnisvollen Wahlentscheidung geführt hat, und was Sie am 14. Oktober möglicherweise wieder tun könnten.
Denn – das sollten Sie als informierter und verantwortungsbewusster Bürger schon im Auge behalten – es ist ein Spiel mit dem Feuer!

Gerhard Jakobi

Fotos: Privat

Was läuft schief in der bayerischen Asylpolitik?

Angstmache und Verunsicherung, statt sachlicher Integrationsarbeit scheint das Anliegen der CSU-Regierung zu sein. Es werden Ängste vor Überfremdung und steigender Kriminalität gezielt geschürt, obwohl laut offizieller Statistik Deutschland und insbesondere Bayern noch nie sicherer waren als jetzt. Die Stimmung gegen Asylsuchende wird künstlich aufgeheizt.

Ickinger Erfahrungen

Die Erfahrungen mit den Asylbewerbern in unserer Gemeinde Icking waren dagegen bisher nur positiv und bereichernd für Flüchtlinge und Helfer. Selbst in der Zeit der Unterbringung in der Turnhalle kam es, trotz vieler Vorurteile und Ängste, zu keinen negativen Ereignissen.

Menschenunwürdig!

Das Land Bayern hat im August 7 Ankerzentren offiziell in Betrieb genommen. Hier werden die ankommenden Flüchtlinge bis zum Ende ihres Asylverfahrens untergebracht. Ein bayerischer Sonderweg. Seehofer will die Zentren bundesweit einführen. In diesen Massenunterkünften werden Menschen unterschiedlicher Kultur, Religion und Sprache sowie unterschiedlichen Alters und Familienstand zusammengepfercht. Den freiwilligen Asylhelfern wird der Zugang verwehrt. Auch eine unabhängige Rechtsberatung, die jedem Asylsuchenden zusteht, ist nicht gewährleistet. Die Asylsuchenden dürfen weder einer Arbeit nachgehen noch an Deutschkursen teilnehmen. Sie sind zum Herumlungern verurteilt. Die Kinder durften zunächst auch keine Schule besuchen, das musste erst eingeklagt werden. Dazu kommt die permanente Überwachung durch die Security. Diese menschenunwürdige Behandlung führt zu Unruhe und Aggressivität, was manchmal Polizeieinsätze nach sich zieht. Diese Unruhen werden dann wiederum von der Politik instrumentalisiert, um in der Bevölkerung Stimmung gegen die Flüchtlinge zu machen. Ist dies politisch gewollt?

Umgang mit der „3 + 2 Regelung“

Die Regelung 3 Jahre Lehre und anschließend 2 Jahre Arbeiten, welche von Industrie und Handwerk gefordert wurde, wird untergraben. Eine Ausbildungsgenehmigung wird oft gar nicht erst erteilt, oder der Flüchtling muss in vielen Landkreisen den Verzicht auf die 3 + 2 Regelung unterschreiben. Selbst eine Arbeitsgenehmigung wird oft verwehrt. Die Behörden hindern so die Flüchtlinge daran, Geld zu verdienen, wodurch die Staatskasse entlastet würde.

Unterdessen scheint die CSU auf großen Druck hin einzulenken und wenigstens im Gesundheitswesen die 3 + 2 Regelung wieder zu berücksichtigen. Warum müssen die Menschen erst zu Tausenden demonstrieren, bis die CSU ein bisschen Vernunft annimmt?

Es herrscht bundesweit Fachkräftemangel, aber das rechte Lager lehnt den hervorragenden Gedanken ab, den Flüchtlingen den „Spurwechsel“ vom Asylverfahren zur Einwanderung zu genehmigen. Wenn die Politik so weiter macht, wird unsere Wirtschaft massiv unter dem Arbeitskräftemangel leiden.

Abschiebepraxis

Möchte die CSU, dass Bayern mit den Abschiebungen den Spitzenplatz in Deutschland einnimmt? Viele Abschiebungen, u. a. nach Afghanistan, sind sehr problematisch und werden von Menschenrechtsvereinigungen kritisiert. So wurden bei den letzten beiden Abschiebungsflügen insgesamt 115 Flüchtlinge, davon 76 aus Bayern, nach Afghanistan abgeschoben. Unter diesen waren nur 27 angebliche Straftäter oder Gefährder. Es werden gut integrierte Lehrlinge direkt von der Schule oder vom Betrieb abgeholt, – weil sie hier leichter festzunehmen sind, wie auf Nachfrage erklärt wurde. Man muss sich vorstellen, in welcher Angst die Flüchtlinge permanent leben und wie hoch die Rate der Selbstmordversuche aus Verzweiflung ist? Die derzeitige Abschiebepraxis treibt einen Teil der Flüchtlinge in die Illegalität. Unverständlich, wie diese Haltung mit „Christlich Sozial“ in Einklang zu bringen ist.

Druck aus der Öffentlichkeit

Inzwischen ist die Zivilgesellschaft aufgewacht und will den Rechtsruck in der bayerischen Politik nicht mehr mittragen; siehe die Demonstration „AUSGEHETZT“ in München. Trotz starkem Regen sind ca. 40.000 Menschen auf die Straße gegangen, um friedlich, gegen die Regierung zu protestieren.

Jutta Pick / Bernd Hertwig

Kommentar

Der talentierte Markus Söder

Was sind eigentlich Werte? Es sind moralische Grundüberzeugungen, etwas Konstantes, das einen dauerhaft über die Unruhen der Zeit tragen soll. Aber manchmal erleben wir es auch anders. Zum Beispiel bei Markus Söder. Das erstaunt. Denn nach eigenem Bekunden ist er ein „Wertkonservativer". Und doch zeigen einige markante Beispiele, dass er den Begriff Wert sehr eigenwillig auslegt.

Söder und die Atomkraft

In seinen frühen Jahren, als glühender Verehrer seines Übervaters Franz Josef Strauß, war Söder Mitglied der Jungen Union und ein Verfechter der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Auch 2008, als Europaminister, war er ganz auf CSU-Linie, in der es hieß, ‚ohne Kernkraft würde Deutschland zum Armenhaus Europas'. Noch 2008 wird Söder im Tagesspiegel so zitiert: „Es gibt in der jetzigen Phase keine ökologischere und sozial verträglichere Energieform als die Kernenergie." Und „Wer abhängig sein will von ausländischen Konzernen und wer damit akzeptiert, dass die Energiepreise ins Unermessliche wachsen, kann ruhig für den Ausstieg sein."

Im Jahr 2011 kam dann die Wertewandlung. Söder, mittlerweile Umweltminister, präsentierte ein Umweltkonzept, in dem laut FAZ (10.5.2011) die Nutzung der Kernkraft als „Irrglaube erscheint, dem ohne weiteres abgeschworen werden kann."

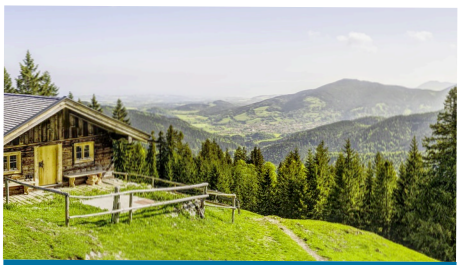
Genauso vehement, wie er einst für die Atomkraft war, ist er jetzt gegen sie. Doch was sind die Gründe für die Meinungsänderung? Vielleicht hat es etwas mit Fukushima zu tun? Oder vielleicht auch nur damit, dass er gemerkt hat, wie sich in der Bevölkerung die Ängste vor der Kernkraft breitgemacht haben?

Söder und die Embryonen

Interessant auch das Thema therapeutisches Klonen: Dieses Verfahren dient der medizinischen Behandlung. Dabei werden in vitro, im Reagenzglas, neue Organe und Gewebe für die Transplantation gezüchtet. Dazu braucht es embryonale Stammzellen. Um diese zu bekommen, bedarf es das Klonen menschlicher Embryonen, die dann verbraucht und entsorgt werden. Das Verfahren ist ethisch umstritten.

So, nun zu Söder: Als München Anfang der 2000er Jahre wichtigster Biotechnologiestandort in Deutschland wurde, gab sich Söder, damals Forschungspolitischer Sprecher der CSU, ganz im Sinne der Biotechnologen und sprach sich gegen Denkverbote aus, Embryonen zu klonen.

Jahre später besann sich Söder eines anderen. Nun wieder wertekonservativ, wollte er vor allem „die Schöpfung bewahren". Jetzt lehnt er die Selektion, sprich Vernichtung von genetisch defekten Embryonen im Rahmen der künstlichen Befruchtung strikt ab. Nachdrücklich rüffelte er laut Deutschen Ärzteblatt (19.11.2010) die evangelische Kirche wegen ihrer schwankenden Haltung in dieser „fundamentalen Lebensfrage". Söder sagte jetzt, dass es für eine christliche Partei keine Unterscheidung zwischen „lebenswertem und lebensunwertem Leben" geben darf.



Söder und die Natur

Seit 2011 ist Söder Mitglied im Bund Naturschutz. Er gab sich als ökologischer Frontmann und sprühte, wie die FAZ (10.5.11) schrieb, „großflächig grünen Lack über die verdutzte CSU", nicht nur in Punkto Kernkraft.

Auf Konfliktkurs zum Bund Naturschutz ging er dann allerdings als Finanz- und Heimatminister bei der Skischaukel am Riedberger Horn. Das Prestigeobjekt der Bayerischen Staatsregierung wurde jahrelang von Heimatminister Söder maßgeblich unterstützt, von den Naturschützern aber erbittert abgelehnt.

Doch jetzt, oh Wunder, im Vorfeld der Wahl, erteilte Söder dem Riedberger Horn plötzlich eine Absage, die Gemeinden erhalten zwanzig Millionen als Trostpreis. Am besten ist der überraschende Kurswechsel mit Söders eigenen Worten zu verstehen: „Wenn der grüne Kurs einen Nutzen bringen kann, ist es ein Gewinnerthema." (Spiegel 5.12.2006)

Weitere Infos:
www.soeder-machts.de

Fotos: Pixabay

Söder und die GBW

Auch der Verkauf der GBW-Wohnungen geht mit einem Wertewandel einher, den man salopp so ausdrücken kann: Vom Verschacherer (2012/2013) zum Förderer (2018) von Sozialwohnungen. Und diese Posse ging so:

Die GBW – ursprünglich gemeint für „Gemeinnützige Bayerische Wohnungsgesellschaft" – wurde im Jahr 1936 als Baugenossenschaft gegründet. In ihren knapp 33.000 Wohnungen lebten im Jahr 2013 mehr als 80.000 Menschen, davon viele ärmere und sozial schwache. Jede dritte GBW-Wohnung wurde öffentlich gefördert. Bis 2013 gehörten knapp 92% der GBW der Bayerischen Landesbank, der Rest der Aktien war im Streubesitz. Im Jahr 2012 startete die Bayerische Landesbank den Verkauf der Wohnungen, im Jahr 2013 bekam das Augsburger Immobilienkonsortium Patrizia den Zuschlag, zwei Tochterfirmen übernahmen die Wohnungen. Laut SZ handelte es sich „allem Anschein nach um Hedge-Fonds", zu deutsch Heuschrecken, die kein soziales Ansinnen haben, sondern mit den Wohnungen möglichst viel Gewinn abgreifen wollen.

Münchens damaliger OB Christian Ude (SPD) hatte eine Übernahme der Wohnungen direkt durch den Freistaat befürwortet. Markus Söder, 2012 Finanzminister, hatte dagegengehalten, eine Übernahme der Wohnungen durch den Freistaat sei „nicht im Sinne der EU-Kommission und des Beihilfeverfahrens." Auch jetzt noch bezeichnete Söder das Manöver als „faktisch alternativlos (...) wegen eindeutiger EU-Auflagen." Doch diese Aussage entpuppte sich als Scheinargument, denn die EU hatte die Übernahme der Wohnungen durch die bayerische Landesregierung nie explizit verboten. Das beweist ein Schreiben des zuständigen EU-Kommissars, das durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit kam.

Jetzt, vor der Landtagswahl, machte der Landesvater eine Kehrtwende, entdeckte sein Herz für die sozial Schwachen und versprach im Frühjahr 2018 auf der Klausur in Kloster Banz die Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft. Wäre das nicht auch einfacher gegangen?

Söder und die Presse

Eine freie Presse ist ein nicht hoch genug zu schätzender Wert für eine Demokratie. Es hat sich in der Vergangenheit – insbesondere in der Zeit unserer Bundesrepublik – ganz deutlich gezeigt, von welch unschätzbarem Wert für die Sicherung unser aller Freiheit, die Freiheit der Presse, als dem Schutzwall gegen Willkür durch die Staatsmächte, war.

Auch hier zeigt Söder – getreu in der Nachfolge seines Vorbildes F. J. Strauß, der mit der Spiegel-Affäre ein markantes Zeichen seiner Einstellung zur Pressefreiheit vorgelegt hatte – ein erstaunlich lasches Verhältnis.

Schaut man an dieser Stelle z. B. ins Archiv der Süddeutschen Zeitung, findet man beliebig viele eindeutige Berichte über Söders zweifelhaftes Vorgehen im Umgang mit den Medien.

Fazit:

Wie kann denn jemand, der sich als wertkonservativ bezeichnet, so lässig mit seiner Einstellung zur Natur, zu Sozialwohnungen, zum Wert des Lebens, zur allgemeinen Sicherheit und zum hohen Wert der Pressefreiheit umgehen?

Sollte ein Politiker nicht für etwas stehen? Etwas, an dem man ihn messen kann? Oder ist das nur ein weiteres Beispiel für einen Typus von Politikern, die ihr Fähnlein nach dem Wind richten? Werte ändern sich eben nicht. Es sind nicht Wertkonservative sondern Populisten, die ihre Einstellung zu dem, was ihnen etwas wert ist, von jetzt auf gleich ändern können, je nachdem wie es halt nützlich ist.

Es ist für jeden Menschen, der tatsächlich Werte in sich trägt und der diese auch lebt, ein Schlag ins Gesicht, wenn sich jemand wie Markus Söder als „wertkonservativ" bezeichnet!

Das Schaukasten-Team

Impressum

Herausgeber:
SPD Ortsverein Icking
Hinteres Moos 15, 82057 Icking
Webseite: www.spd-icking.de
E-Mail: info@spd-icking.de
Fotos: Eigene und wie angezeigt.
Auflage: 1750 Stück, umweltfreundlich und klimaneutral gedruckt
Alle Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar.

V.i.S.d.P.: Julian Chucholowski
(Tel.: 08178 / 9095069)
Redaktion:
Julian Chucholowski
Gerhard Jakobi
Dr. Beatrice Wagner
Freie Autoren:
Michaela Chucholowski
Bernd Hertwig
Robert Kühn
Silvia Matthies
Jutta Pick
Layout: Katharina Schweissguth, www.e-viskom.de

Der Fall Stephanie

Unsere Anteilnahme

Der Brand in der Reithalle – eine Katastrophe, bei der zwei Mitbürger in ihren Wohnungen ums Leben kamen – hat uns tief erschüttert. Wir trauern mit denen, die als Verwandte und Freunde unmittelbar betroffen sind.

Unser Blick richtet sich aber auch auf die Helfer, vornehmlich die Feuerwehrleute, die bei dem Inferno vor Ort waren und mit ansehen mussten, wie trotz ihres aufopfernden Einsatzes das Gebäude niederbrannte. Noch schlimmer war, dass zwei der dort wohnenden Mitbürger nicht gerettet werden konnten. Und einige der Tapferen gerieten selbst durch eine drohende Explosion in konkrete Lebensgefahr.

Schwer, nun einfach zur Tagesordnung überzugehen

Unabhängig von allen Ursachen- und Versäumnisfragen zu dieser Tragödie, stehen das Leid der unmittelbar betroffenen Menschen und die Sorge um sie jetzt im Vordergrund. Dennoch verdient auch das Engagement der Helfer, an vorderster Stelle die Leistung der Feuerwehr, Erwähnung, Dank und Würdigung (siehe Kasten).

Über diesen Fall hinaus – ein ungelöstes Problem

In diesem Zusammenhang drängt sich allerdings indirekt eine ernste Frage erneut auf, die auch aus anderen Gründen aktuell ist, nämlich die Frage nach verfügbarem, sozialverträglichem Wohnraum.

Die Unterbringung der Menschen, die bei dem Brand nicht nur ihr Hab und Gut verloren haben, ist eine besondere Herausforderung für die Gemeinde, die laut Gesetz hier eine Fürsorgepflicht hat. Dank diverser Provisorien und privater Hilfsangebote haben die Betroffenen im Moment ein Dach über dem Kopf.
Die derzeitige Unterbringung z. B. in einem Wohnwagen, der unmittelbar an der Bundesstraße steht, zeigt, dass die Gemeinde in diesem Bereich schlecht aufgestellt ist. Natürlich kann man nicht ständig für jeden denkbaren Katastrophenfall freistehende Wohnungen parat haben. Aber die Gemeinde sollte auch nicht erst dann aktiv werden, wenn es „brennt“. Denn wo nichts an gemeindeeigenem Mietwohnraum vorhanden ist, (bis auf die sieben Wohnungen, wie in den Feuerwehrhäusern und im Schulhaus), gibt es eben auch keinerlei Dispositions-Spielraum.

Was der Fall Stephanie uns zeigt

Die Verfügbarkeit von gemeindeeigenem Wohnraum ist ein Gebot der Stunde. Nicht erst seit der Brandkatastrophe, aber diese macht den Bedarf wieder einmal bewusst, und zwar auf besonders dramatische Weise.

Die große Zahl von Dienstleistenden in Icking, von denen die meisten täglich pendeln müssen, verlangt aus sozialer und ökologischer Verantwortung ein entsprechendes Engagement der Gemeinde. In unseren zwei Gymnasien, der Grundschule, in den vier Kindergärten und der KITA, in der Verwaltung und anderen privaten Betrieben und Haushalten sind sicher weit über 200 Menschen beschäftigt, für die hier aber kein bezahlbarer Wohnraum angeboten wird. Auch von der Leitung des benachbarten Altenheims, in dem auch viele Ickinger Bürger untergebracht sind, hört man die Klage, dass sie kein Personal finden, weil es hier kein Mietwohnungsangebot gibt. Natürlich geht es nun nicht darum, allen hier gerade arbeitenden Menschen am Ort eine bezahlbare Wohnung anzubieten, viele haben sich ja auch längst in Nachbargemeinden für ein Wohneigentum entschieden und wollen auch dort bleiben. Aber viele bräuchten dringend eine Wohnung. Nichtstun – wie es in den letzten Jahrzehnten in Icking der Fall war – reicht nicht aus, um diesem Problem etwas entgegenzusetzen!

Wir brauchen die hier arbeitenden Menschen

... und deswegen haben wir eine Verantwortung für sie: Unsere Gemeinde braucht Mietwohnraum, über den sie verfügen kann. Der Markt regelt das

Fotos: Feuerwehr Icking

eben nicht unter sozialverträglichen Konditionen. Deswegen muss die Gemeinde eingreifen und darf sich nicht aus ihrer Verantwortung stehlen. Vielleicht geht ja jetzt ein Ruck durch Gemeinderat und -verwaltung und es beginnt eine intensive Suche nach Lösungen und ihre konsequente Realisierung, um die Lücke zu schließen. Dann hätte die Katastrophe bei Stephanie zum Schluss noch eine tröstliche Nebenwirkung.

Julian Chucholowski / Gerhard Jakobi

Der Ickinger Schaukasten wird von unseren lokalen Mitgliedern mit großem Engagement erstellt und finanziert. Allerdings finden sich schon einmal Mitbürger, die ihre Anerkennung durch eine Spende ausdrücken. Darüber freuen wir uns sehr.
SPD-Ortsverein Icking
IBAN DE 3570 1695 4300 0021 8057 (Raiffeisenbank)

Lob der Feuerwehr

„Wenn ich groß bin, werde ich Feuerwehrmann!“ so lautete vor einigen Jahren der TV-Werbefilm einer Versicherungsgesellschaft. Kaum einer hatte als Kind nicht den Traum, von Beruf Feuerwehrmann oder Feuerwehrfrau zu werden. Und das mit gutem Grund: Laut einer Studie des deutschen Beamtenbundes von 2017 genießt der Beruf des Feuerwehrmanns gesellschaftlich das höchste Ansehen. Noch vor Ärzten oder Polizisten! Was vielen jedoch gar nicht bewusst ist, über 90 Prozent der Feuerwehrleute in Deutschland sind ehrenamtlich tätig; so auch unsere Ickinger und Dorfener Feuerwehren. Erst kürzlich sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD): „Bürgerengagement ist Basis und Humus unserer Demokratie.“

Der tragische Großbrand der ehemaligen Ickinger Reitschule im Juli hat uns allen wieder einmal gezeigt, wie wichtig und unverzichtbar das Ehrenamt bei der Feuerwehr ist. Diese Feuerwehrleute investieren — freiwillig (!) — sehr viel ihrer privaten Zeit in Übungen und für die Wartung, Instandhaltung der Gerätschaften, damit im Ernstfall möglichst jeder Handgriff sitzt – aber jeder Einsatz ist anders. Bei schwierigen Einsätzen bringen sie sich auch manchmal selbst in Gefahr, ganz abgesehen davon, dass die unter Umständen schockierenden Bilder sie möglicherweise lebenslang verfolgen.

Neben der Anerkennung für dieses ehrenamtliche Engagement verdient die Feuerwehr jedwede Unterstützung durch die Gemeinschaft, für deren Wohl sie Tag und Nacht bereitsteht und sich einsetzt. Wer trotz oder wegen aller Herausforderungen interessiert ist: Man kann hier mitmachen, oder sich auch für ein anderes Ehrenamt einsetzen. Eine Anregung, was sich in Icking alles tut, finden Sie auf der Homepage www.icking.de unter „Freizeit und Tourismus“, Unterpunkt „Vereine und Verbände“.

Julian und Michaela Chucholowski

Fotos: Feuerwehr Icking, sowie privat

Interview

15 Jahre BrotZeit & Spiele in Icking

Am 15. Oktober 2018 gibt es die Abo-Reihe BrotZeit & Spiele genau 15 Jahre in Icking, im Vereineheim in Dorfen. Als „kulturelle Grundversorgung" bezeichnet sie ihr Erfinder, der Ickinger Veranstalter und Künstler Wolfgang Ramadan. Ein Interview über Kultur und über Geld.

Herr Ramadan, Vereineheim, ein oberbayerisches Dorf, hervorragende Künstler, wie bringen Sie das unter einen Hut?

Ich schätze mal mit meiner 30jährigen Erfahrung, geleitet von einer guten Portion Intuition und unterfüttert mit Forschungen, die ich am Institut für Kulturmanagement an der Universität Hamburg durchgeführt habe. Wir haben u. a. erforscht, wie viele Men-schen sich für Kultur interessieren und was vom Theater erwarten. Das al habe ich dann erstmals in Icking umgesetzt.

Und wie nehmen die Ickinger das auf?

Das Konzept – eine eigene Marke mit klarem Regionalbezug und lokaler Wiedererkennung – kommt sehr gut an. Nicht jeder will den elitären Schnickschnack in München, die Leute freuen sich, dass es bei uns hochwertige Kunst zum vernünftigen Preis gibt.

Die Preise sind tatsächlich moderat. 139 Euro für ein Abo, 27 Euro für eine Einzelveranstaltung. Wie geht das?

Ich mische bekannte Akteure mit weniger bekannten. Die Stars wollen natürlich ihr Honorar, die weniger bekannten treten billiger auf und freuen sich über die Chance. Dabei sind die unbekannten Künstler, die ich aussuche, mindestens genauso gut wie die bekannten.

Wie reagiert denn das Publikum?

Das Ickinger Publikum ist sensationell und gibt neuen Künstlern genauso eine Chance wie den altbekannten Klassikern. Letztere haben es schwer, es werden große Erwartungen an sie gestellt. Zu den Unbekannten geht man vielleicht nur hin, um die Karte nicht verfallen zu lassen, man ist also unvoreingenommen. Und plötzlich erlebt man etwas, woran man sich sein Leben lang erinnern wird.

Was macht einen guten Künstler aus?

Dass er es schafft, dem Zuschauer Lebensfreude und Lebenskraft zu geben. Mittlerweile glauben es mir meine Theater-Abonnenten, dass es solche Künstler-Talente gibt und dass ich sie aufspüren kann.

Dann ist das Vereineheim bestimmt eine Goldgrube?

Na ja, für Icking schon! Revolutionäre Kulturarbeit, ohne Subventionen! Das ist jetzt ein ganz anderes und sehr nüchternes Thema. Wir sparen dem Ickinger Steuerzahler im Vergleich zu Wolfratshausen und Geretsried jährlich etwa 200.000 Euro. Das ist in etwa die Summe, welche die beiden Städte jeweils für ihre Festivals mit denselben oder vergleichbaren Künstlern ausgeben. In Icking hingegen wirtschaften wir so, dass diese Kosten gar nicht erst entstehen. Somit hat BrotZeit&Spiele im Lauf der Jahre der Gemeinde Icking schon mehre Millionen Euro geschenkt.

Das klingt etwas sarkastisch?

Nein, eigentlich nicht. Aber es ist ungerecht: Warum müssen die einen Kunstveranstalter sich selbst aus eigener Kraft über Wasser halten und die anderen bekommen hohe Subventionen?

Das Interview mit Wolfgang Ramadan führte Beatrice Wagner

Fotos: Ramadan; Privat

Bürgerhaushalt für Icking

Andere Gemeinden und Städte haben es uns vorgemacht – der Bürgerhaushalt. Damit ist ein fixes Budget gemeint, beispielsweise in der Größenordnung von 100.000 Euro, über das die Bürger Ickings relativ unbürokratisch verfügen können. Ein Bürger- oder Beteiligungshaushalt ist ein in den 1980er Jahren entwickeltes Prinzip von direkter kommunaler Bürgerbeteiligung. Die Bürger können Vorschläge direkt an die Verwaltung und Politiker richten, wofür sie das kommunale Geld ausgeben wollen, unabhängig vom verabschiedeten Jahreshaushalt. Sie können auch Ideen zur Einsparung einbringen.

Wie bei der letzten Bürgerversammlung wieder deutlich wurde, haben die Ickinger Bürgerinnen und Bürger viele Ideen, Wünsche und Verbesserungsvorschläge. Warum sollen wir Ickinger nicht einfach mehr mitreden dürfen und es wird nach dem Vorbild von anderen Gemeinden ein festes Budget pro Jahr im Gemeindehaushalt aufgenommen, das von den Bürgern vergeben wird. Dann können wir Bürger entscheiden, ob z. B. Spielplätze modernisiert, Parkbänke und Plätze für Jung und Alt errichtet oder Gehwege verbessert werden sollen etc.

Julian Chucholowski

Beispiel Egartsteig. Stufen mit Stolperfallen und kein Weg für Kinder- und Gehwagen

2019 15 Jahre IckingAboDorfen

BrotZeit & Spiele

Kulturelle Grundversorgung

ICKING ABO DORFEN

6 Abo-Vorstellungen 139.- € im Vereineheim „beim Schlicke“ Icking/Dorfen

AboMail: icking1@brotzeitundspiele.de AboTelefon: 08171 385 21 21 AboVerkauf bis 25.12.18

Fr. 18. & Sa. 19.01.19

Werner Schmidbauer
bei mir

Sa. 06. & So. 07.04.19

Beatrix Doderer
Vor der Hochzeit & schon Witwe

Sa. 11. & So. 12.05.19

Arnulf Rating
Tornado

Sa. 14. & So. 15.09.19

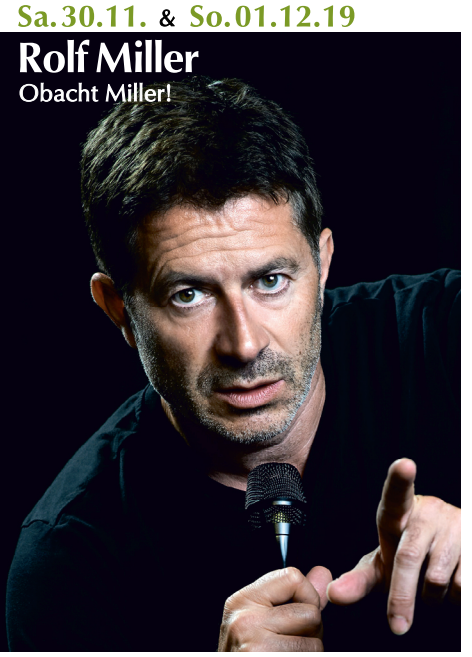
Roland Hefter & Wolfgang Ramadan
Hundert Jahre Glück!

Sa. 12. & So. 13.10.19

Stefan Kröll
Mit neuem Programm

Sa. 30.11. & So. 01.12.19

Rolf Miller
Obacht Miller!



Ihr Weihnachtsgeschenk!

Feste Platzreservierung · Karten sind frei übertragbar · Kein Anstehen an der Kasse

Veranstalter: Wolfgang Ramadan · www.brotzeitundspiele.de

Ayinger PRIVATBRAUEREI

Einzelkarten ab 27.12.18 bei www.kartenengl.de bequem daheim ausdrucken